

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
1. Teil – Grundlagen	25
A. Social Bots	25
I. Definition	25
II. Funktionalitäten eines Social Bot-Profils in sozialen Netzwerken	29
III. Technische Umsetzung	30
1. Social Bot-Erstellung durch Zugriff auf die Programmierschnittstelle	31
a. Erstellung eines Twitter Accounts	31
b. Die Twitter-API	32
c. Die Programmierung des Social Bots	34
aa. Verwendung einer Programmiersprache	35
bb. Verwendung von Plattformen	36
d. Die Implementierung von Künstlicher Intelligenz	37
aa. Künstliche Intelligenz	38
bb. Künstliche Intelligenz und Social Bots	44
e. Zusammenfassung	46
2. Social Bots über Screen Scraping	47
3. Zusammenschau	50
IV. Die Verwendung von Social Bots	51
1. Konkret: Beispiele für Social Bot-Verwendungen	51
2. Abstrakt: Strategien und Risiken einer Social Bot-Verwendung	55
a. Die mit einer Social Bot-Verwendung verfolgten Strategien	55
b. Die verschiedenen Risikoebenen einer Social Bot-Verwendung	58
V. Das Einflusspotential von Social Bots	59
1. Problematiken bei der Beurteilung in Bezug auf Social Bots	59

2. Die Mechanismen sozialer Netzwerke	61
a. Die Distribution von Beiträgen in sozialen Netzwerken	62
b. Relevanzmanipulation über die „Trending Topics“	66
c. Folgerungen	68
3. Beeinflussung individueller Nutzer	69
a. Die grundsätzliche Beeinflussbarkeit durch soziale Netzwerke	69
b. „Social Proof“ und „Schweigespirale“	71
c. Medien-Priming	74
d. Der Kultivierungsansatz	75
4. Der Sprung von der netzwerkinternen auf die netzwerkexterne Ebene	76
5. Zusammenschau	79
 B. Rechtliche Grundlagen	80
I. Die Willensbildung	81
II. Politische Parteien	88
1. Parteienbegriff	88
a. Das Merkmal der Vereinigung	89
b. Die Zielsetzung der Parteien	89
c. Das Merkmal der Ernsthaftigkeit	92
2. Die Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung	92
a. Ermöglichung der Teilhabe der Bürger	93
aa. Ermöglichung einer Parteimitgliedschaft	94
bb. Bereitstellen entscheidungsfähiger Alternativen	95
cc. Wettbewerb mit sozialen und politischen Kräften	96
b. Schaltstelle zwischen „Volk“ und „Staat“	97
aa. Beteiligung an Wahlen	98
bb. „Beeinflussen“ des Bereichs der staatlichen Willensbildung	99
cc. „Hinauswirken“ aus dem Bereich der staatlichen Willensbildung	101
dd. Parteien, Regierung und Opposition	102
c. Parteien als Integrationsfaktor	103

3. Der Standort der Parteien in der Ordnung des Grundgesetzes	104
a. Leibholz' Parteienstaatslehre und die frühe Rechtsprechung des BVerfG	105
b. In der Gesellschaft wurzelnde Zwischenstellung der Parteien	107
4. Der Status der Öffentlichkeit der Parteien	110
 2. Teil – Rechtliche Betrachtung des Social Bot-Einsatzes	117
A. Der Einsatz durch die Partei	117
I. Die Partei und zu ihr gehörende Organisationen	117
II. Natürliche Personen	120
B. Grundrechtliche Gewährleistung des Social Bot-Einsatzes	124
I. Verdrängung der Grundrechte durch Art. 21 GG	125
1. Vollständige Verdrängung der Grundrechte	125
2. Teilweise Verdrängung der Grundrechte	127
3. Stellungnahme	130
II. Die Meinungsfreiheit, Art. 5 I 1 GG	130
1. Persönlicher Schutzbereich	131
a. Grundrechtsschutz für den Social Bot?	131
b. Grundrechtsschutz für den Social Bot-Verwender	133
2. Sachlicher Schutzbereich	133
a. Die Social Bot-Einsatzformen als geschützte Meinungsäußerung	134
aa. Die Nutzung der „Gefällt-mir“-Funktion	134
bb. Der Einsatz zur Meinungsgenerierung	138
(1) Das selbstständige Generieren von Beiträgen	138
(2) Das Teilen von Beiträgen Dritter	138
(a) Ein Zu-Eigen-Machen von Beiträgen Dritter durch „Teilen“	139
(b) Das „Teilen“ als Verbreitung fremder Beiträge	141
b. Der Social Bot-Einsatz als solcher als geschützte Verhaltensweise	142

c. Der Auftritt des Social Bots als natürliche Person	145
aa. Pseudonyme Meinungsäußerung	146
(1) Pseudonyme Meinungsäußerung als geschützte Meinungsäußerung	147
(2) Pseudonyme Meinungsäußerung und Öffentlichkeitsgebot	152
(a) Der Social Bot-Einsatz als solcher	154
(b) Der Einsatz als Fake Follower	154
(c) Der Einsatz zur Meinungsgenerierung	155
bb. Täuschung über Verbindung zwischen Äußerndem und Äußerung	158
d. Der Social Bot-Einsatz als Täuschung über den gesellschaftlichen Rückhalt einer Meinung	162
aa. Fehlender Beitrag zum Willensbildungsprozess	163
bb. Verstoß gegen die Meinungsbildung „von unten nach oben“	165
cc. Verletzung der Chancengleichheit der Parteien und der Egalität der Staatsbürger	167
e. Der Social Bot-Einsatz zur Diskreditierung des politischen Gegners	168
f. Der Social Bot-Einsatz zur Störung von Diskussionen	170
3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	177
4. Ergebnis zu Art. 5 I 1 GG	180
III. Schutz durch weitere Grundrechte aus Art. 5 I GG	180
1. Die Rundfunk- und Pressefreiheit, Art. 5 I 2 GG	181
2. Schutz durch eine mögliche Internet(dienste)freiheit	184
IV. EMRK und Grundrechtecharta	186
1. Der persönliche Schutzbereich der Art. 10 I EMRK, Art. 11 I GRCh	187
2. Der sachliche Schutzbereich der Art. 10 I EMRK, Art. 11 I GRCh	188
a. Der Social Bot-Einsatz als Meinungsäußerung	189
b. Der Auftritt des Social Bots als natürliche Person	191
c. Der Social Bot-Einsatz als Täuschung über den gesellschaftlichen Rückhalt einer Meinung	193
d. Mögliche Modifikation durch Europäische Parteien im Rahmen der GRCh	196

3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	197
4. Ergebnis zu Art. 10 I EMRK, Art. 11 I GRCh	199
C. Der einfachgesetzliche Ordnungsrahmen für den Social Bot-Einsatz	200
I. Vorschriften des StGB	201
1. Allgemeine Fragen	201
a. Strafrechtliche Verantwortlichkeit	201
aa. Die Partei selbst	202
bb. Die natürlichen Personen innerhalb der Partei	204
b. Möglichkeit der Tatbestandsverwirklichung durch den Social Bot-Einsatz	208
aa. Handlung des Social Bots als Handlung des Verwenders	209
bb. Täterschaft und Teilnahme durch Verbreitungshandlungen am Beispiel des § 185 StGB	210
(1) Täterschaft durch Verbreitungshandlungen	211
(2) Beihilfe durch Verbreitungshandlungen	216
(a) Die Verbreitungshandlung als Hilfeleisten	217
(b) Sukzessive Beihilfe im Rahmen des § 185 StGB	219
(c) Ergebnis zur Beihilfe durch Verbreitungshandlungen	229
cc. Vorsatz des Social Bot-Verwenders	229
2. Die einzelnen Straftatbestände des StGB	231
a. Vierter Abschnitt des StGB – Straftaten gegen Verfassungsorgane sowie bei Wahlen und Abstimmungen	233
aa. § 107 I StGB – Strafbarkeit wegen Wahlbehinderung	235
bb. § 107a I StGB – Strafbarkeit wegen Wahlfälschung	236
cc. § 108 I StGB – Strafbarkeit wegen Wählernötigung	238
dd. § 108a I StGB – Strafbarkeit wegen Wählertäuschung	241

ee. § 108b I StGB – Strafbarkeit wegen Wählerbestechung	242
b. Siebenter Abschnitt des StGB – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	244
aa. § 130 StGB – Strafbarkeit wegen Volksverhetzung	244
c. Vierzehnter Abschnitt des StGB – Beleidigung	249
aa. § 185 StGB – Strafbarkeit wegen Beleidigung	250
bb. § 186 StGB – Strafbarkeit wegen übler Nachrede	254
cc. § 187 StGB – Strafbarkeit wegen Verleumdung und Kreditgefährdung	255
dd. § 188 StGB – Strafbarkeit wegen übler Nachrede oder Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens	256
ee. § 193 StGB – Wahrnehmung berechtigter Interessen	259
d. Siebenundzwanzigster Abschnitt des StGB – Sachbeschädigung	260
aa. § 303a StGB – Strafbarkeit wegen Datenveränderung	261
bb. § 303b I, II StGB – Strafbarkeit wegen Computersabotage	263
e. Ergebnis	266
II. Vorschriften des Urheberrechts	267
1. Anwendbarkeit des deutschen Rechts	268
2. Verletzung von Urheberrechten durch Nutzungshandlungen	269
a. Eingriff in die urheberrechtlichen Befugnisse	270
aa. Das Teilen von Beiträgen	270
bb. Thumbnails und Snippets	273
cc. Das Hochladen von Beiträgen	274
b. Legitimation der urheberrechtlichen Eingriffe	275
aa. Schranken des UrhG	276
bb. Die Einwilligung	279

3. Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten durch Einsatz der Social Bot-Software	280
a. Das Leistungsschutzrecht an einer Datenbank	281
aa. Soziale Netzwerke als Datenbank i.S.d. § 87a I UrhG	281
bb. Hersteller der Datenbank	285
cc. Social Bot-Einsatz als Verletzung des Schutzrechts	287
b. Das Urheberrecht am Datenbankwerk	295
4. Strafrechtliche Vorschriften des Urheberrechtsgesetzes	307
III. Datenschutzrechtliche Vorgaben	308
1. Verarbeitung personenbezogener Daten	309
a. Personenbezogene Daten	309
b. Verarbeitung	312
2. Verantwortlichkeit des Profilinhabers	313
3. Die Haushaltsausnahme gem. Art. 2 II lit. c DS-GVO	323
4. Das Medienprivileg gem. Art. 85 DS-GVO, § 23 MStV	324
5. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung	326
a. Art. 6 I 1 lit. a, 9 II lit. a DS-GVO, § 25 TTDSG – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund Einwilligung	327
aa. Verarbeitung beim Social Bot-Einsatz	327
bb. Verarbeitung im Rahmen der gemeinsamen Verantwortlichkeit beim Fanpage-Betrieb	333
b. Art. 6 I 1 lit. f DS-GVO – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund berechtigter Interessen	337
aa. Datenverarbeitung beim Posten, Kommentieren und Teilen von Beiträgen sowie bei Ausübung der „Gefällt-mir“ Funktion	340
(1) Verarbeitung personenbezogener Daten nicht in der Öffentlichkeit stehender Personen	340
(2) Verarbeitung personenbezogener Daten von Politikern	345
bb. Datenverarbeitung beim Auslesen des Newsfeeds	346

c. Art. 9 II lit. e DS-GVO - Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bei offensichtlich öffentlich gemachteten Daten	349
d. Art. 9 II lit. g DS-GVO – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses	349
6. Aus der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit erwachsende Pflichten	351
a. Allgemeine Grundsätze in Bezug auf die Datenverarbeitung	351
b. Privacy by Design and Default, Art. 25 DS-GVO	352
c. Pflichten gegenüber betroffenen Personen	357
d. Dokumentations- und Kontrollpflichten	357
7. Ergebnis	360
IV. Telemedienordnungsrechtliche Vorschriften	361
1. Kennzeichnungspflicht gem. § 5 I TMG	362
a. Telemediendienstanbieter	362
b. Geschäftsmäßiges, in der Regel gegen Entgelt angebotenes Telemedium	365
2. Kennzeichnungspflicht gem. § 18 I MStV	366
a. Telemediendienstanbieter	367
b. Inhalt der Kennzeichnungspflicht	369
c. Modalitäten der Kennzeichnungspflicht	369
aa. Leichte Erkennbarkeit	369
bb. Unmittelbare Erreichbarkeit	372
cc. Ständige Verfügbarkeit	373
3. Kennzeichnungspflicht gem. § 18 III MStV	373
a. Verhältnis zu Unionsrecht	373
b. Verfassungskonforme Auslegung	374
c. Die Definition des Social Bots des § 18 III MStV	380
d. Die Kennzeichnung	383
4. Kennzeichnungspflicht gem. § 22 I MStV	385
5. Ergebnis	385
V. Vorschriften des BGB – §§ 305 ff. BGB	386
VI. Regulierung auf europäischer Ebene	391
1. Digital Services Act	391
2. Kommissionsvorschlag für einen Artificial Intelligence Act	392

VII. Zusammenfassung	394
3. Teil – Parteien im Wettbewerb	397
A. Der Wettbewerb der Parteien	398
B. Funktionen des Parteienwettbewerbs	404
C. Voraussetzungen des Parteienwettbewerbs	408
D. Sicherung der Voraussetzungen	409
I. Durch das Grundgesetz	412
II. Erfordernis einfachgesetzlicher Regelungen	414
III. Kontrolle der einfachgesetzlichen Ausgestaltung	417
1. Parteien als Kontrolleure de lege lata	419
a. Vorgehensmöglichkeit nach den Fachgesetzen	420
aa. Strafrecht	420
(1) Staatliches Vorgehen	420
(2) Vorgehen der Parteien	423
(a) Strafanzeige und Strafantrag	423
(b) Klageerzwingungsverfahren	424
(c) Privatklage	427
bb. Urheberrecht	427
(1) Staatliches Vorgehen	427
(2) Vorgehen der Parteien	428
(a) Zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch gem. § 97 I UrhG	428
(b) Strafrechtliche Vorschriften des Urheberrechtsgesetzes	429
(aa) Strafantrag und Strafanzeige	429
(bb) Privatklage	430
cc. Datenschutzrecht	430
(1) Staatliches Vorgehen	430
(2) Vorgehen der Parteien	432
dd. Telemedienrecht	433
(1) Staatliches Vorgehen	433
(2) Vorgehen der Parteien	434
ee. Ergebnis	434

b. Vorgehen gegen die zuständige Aufsichtsbehörde	435
aa. Die Betrachtung einfachgesetzlicher Normen als Teil der parteilichen Wettbewerbsordnung	439
(1) Strafrecht	439
(2) Urheberrecht	442
(3) Datenschutzrecht	442
(4) MStV	445
(5) Zusammenfassung	448
bb. Das Recht der Parteien auf Chancengleichheit als subjektives Recht	448
(1) Inhalt des Rechts auf Chancengleichheit	448
(2) Verfassungsrechtliche Verortung des Rechts auf Chancengleichheit	453
(3) Anspruch der Parteien aus dem Recht auf Chancengleichheit	458
(a) Abstrakt: Herleitung des Anspruchs	458
(b) Konkret: Betrachtung des Medien- und Datenschutzrechts vor dem Hintergrund der Schutzpflicht	467
cc. Ergebnis	472
c. Vorgehen der Parteien gegeneinander	473
aa. Das Recht der Parteien auf Chancengleichheit	474
bb. UWG	475
cc. Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	476
dd. Ergebnis	478
2. Ausgestaltung der Kontrolle de lege ferenda	478
a. Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	481
aa. Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch der Parteien	482
(1) Schaffung einer eigenen Anspruchsgrundlage	483
(2) Schaffung eines Schutzgesetzes	501
(3) Fazit	504
bb. Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch eines Verbandes	506
b. Staatliche Sanktionsnorm	509
c. Fazit	515

4. Teil – Schlussbetrachtung	519
A. Der Social Bot-Einsatz durch die Partei	519
B. Die grundrechtliche Gewährleistung des Social Bot-Einsatzes	520
C. Der einfachgesetzliche Ordnungsrahmen	523
D. Der Wettbewerb der Parteien	527
Literaturverzeichnis	533